

# Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Rieser,  
Gemein Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1530  
Verlagsnummer: Rieser Nr. 52.

Nr. 165.

Donnerstag, 17. Juli 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. **Bezugspreis**, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 M. 50 Pf. durch Post, 2 M. 25 Pf. durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. **Anzeigen** für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 35 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffisch, feste Tarife. **Wemigster Rabatt** erlischt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. **Zahlungs- und Erfüllungsort:** Rieser. **Künftige Unterhaltungsbelege** „Träger an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Versetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. **Rotationsdruck und Verlag:** Langer & Winterlich, Rieser. **Geschäftsstelle:** Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: I. v. R. Teichgraber, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

## Die bevorstehenden Entscheidungen im Reichstag.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

In den parlamentarischen Kreisen besteht gegenwärtig eine ziemlich nervöse Spannung wegen der bevorstehenden Entscheidungen über die deutschen Ausführungsgesetze zum Sachverständigen-Gutachten. Die Frage der „Mehrheit“ ist bis zur Stunde noch nicht geklärt und man fragt sich, ob die Regierung Marx-Stresemann in der Lage sein wird, eine rasche Durchführung der parlamentarischen Entscheidungen zu gewährleisten. Die noch bestehenden Schwierigkeiten können nach Auffassung der maßgebenden politischen Kreise dazu führen, daß das Inkrafttreten des Sachverständigen-Berichts noch auf Monate hinaus verzögert wird. Wenn überhaupt die Annahme des Gutachtens einen Sinn haben soll, so müßte darauf bestanden werden, daß die schwebenden Probleme gelöst werden, bevor die deutsche Wirtschaft durch die gegenwärtigen katastrophalen Verhältnisse völlig zum Erliegen kommt.

Die Regierung hat neuerdings den Vorschlag gemacht, daß neben dem Gesetzen zum Sachverständigen-Gutachten ein besonderer Antrag angenommen wird, der zum Ausdruck bringt, daß die deutschen Ausführungsgesetze von der Regierung erst dann in Kraft gesetzt werden dürfen, wenn die notwendigen Vorbedingungen zur Wiederherstellung der deutschen Wirtschaft und Verwaltungsfreiheit geschaffen sind. Dieser Antrag soll den Deutschnationalen die Möglichkeit geben, für die Gesetze zu stimmen und die Regierung vor der letzten Konsequenz einer Reichstagsauflösung zu bewahren.

Die Gefahr einer Auflösung des Parlaments wäre weniger groß, wenn nicht dadurch gleichzeitig neue außerpolitische Schwierigkeiten eintreten würden. Es könnte leicht geschehen, daß die allierten Regierungen den Versuch unternehmen, die deutschen Wahlen dadurch zu beeinflussen, daß sie den gegenwärtigen inabhaltbaren Zustand an Rhein und Ruhr in verstärkter Form aufrecht erhalten und weitere Anbahnungsmaßnahmen erzwingen, damit erreicht wird, daß die deutsche Wirtschaft aus einer Verweilungsstimmung heraus den deutschen Wählern in die Arme getrieben wird. Von deutschnationaler Seite wird übrigens hervorgehoben, daß die Reichsregierung auf dem Wege zu sein ist, im Falle einer neuerlichen Verwicklung in den bevorstehenden Entscheidungen endgültig zurückzutreten und die Bildung eines Reichskabinetts in die Wege zu leiten. Diese Auffassung findet innerhalb des Zentrums keinen Anklang. Während die Deutsche Volkspartei unter Umständen bereit sein würde, die gegenwärtige Regierungspolitik zu liquidieren und eine Regierung des Bürgerblocks zu schaffen, weigert sich das Zentrum, einen solchen Weg zu beschreiten. Insbesondere befürchtet man im Zentrum von einem solchen Regierungswechsel eine außerordentliche Verschlechterung der außenpolitischen Lage und eine nicht wieder gut zu machende Erschwerung der deutschen Anleiheausgaben. Die vorsichtigen Führer des Zentrums empfehlen der Deutschen Volkspartei, schon jetzt durch einen gemeinsamen Schritt die deutschnationale Partei einzuladen, nach der Lösung der außenpolitischen Probleme in neue Verhandlungen über die Regierungsfrage im Reich einzutreten. Wenn erst einmal die Gegensätzlichkeiten über die Außenpolitik überwunden sein werden, könnte eine Regierung des Bürgerblocks sehr leicht gebildet werden. Es scheint, daß Reichskanzler Dr. Marx in diesem Falle darauf verzichten will, sein Amt weiter zu versehen, da er persönlich prinzipieller Gegner einer ausgeprochenen Bürgerblock-Politik ist. Den Deutschnationalen könnte dann auch der Verlust des Reichskanzlers überlassen werden.

Von dem Ausgang der Entscheidungen im Reichstag hängt es also im wesentlichen ab, ob es möglich sein wird, die Regierungsfrage auf dem Wege einer Verständigung mit den Deutschnationalen zu lösen. Sollte die Ausschreibung von Neuwahlen notwendig werden, so wären vorläufig alle Aussichten auf Bildung einer Reichsregierung im Reich in die fernere Zukunft gerückt, da erst der Ausgang der neuen Wahlen abgewartet werden muß, der ergeben soll, ob der durch die Abstimmung vom 4. Mai klar zum Ausdruck gekommene Zug nach rechts sich weiterhin fortgesetzt hat. In den Zentrumskreisen erklärt man ganz offen, man rechne stark mit einer rückläufigen Bewegung, die die Masse der Wähler wieder zur Mitte führen werde.

Die Sozialdemokratie scheint nach den in ihrer Presse vorliegenden Neuerungen große Hoffnungen auf die Möglichkeit einer gewaltsamen Auflösung des Parlaments zu setzen. Schon jetzt arbeitet die sozialdemokratische Agitation mit der großen Parole gegen die Wiedereinführung des Schuttsystems und für die Wiederherstellung des Achtstundentages. Es muß abgewartet werden, ob der offensichtliche Druck, den man auf die Deutschnationalen ausübt, die Wirkung haben wird, daß die Ausführungsgesetze im Reichstag die erforderliche Mehrheit erhalten werden.

## Zusammentritt des Reichstages.

Die nächste Sitzung des Reichstages ist auf Dienstag, den 22. Juli, 3 Uhr nachm., berufen worden. Am Vormittag des gleichen Tages tritt der Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten zusammen.

## Die Erledigung

der Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten.

Nachdem von den drei Organisationskomitees, die durch das Sachverständigen-Gutachten pernannten Gesetzentwürfe fertiggestellt und der Reparationskommission übergeben worden sind, wird es die Aufgabe der Reichsregierung sein, am 1. September 1924 zu vermeiden, diese Gesetzentwürfe sofort beim Reichsrat und beim Reichstag einzubringen. Die

viel Zeit die Reparationskommission zu deren Erledigung bedürfen wird, läßt sich natürlich nicht voraussagen. Wahrscheinlich die Erledigung der Gesetzentwürfe im Reichstag ist davon gesprochen worden, daß ein Ermächtigungsgesetz außerdem vorgelegt werden könnte, das die Reichsregierung ermächtigen würde, die Gesetze inkraft treten zu lassen, sobald alle Vorbedingungen dafür von der Gegenseite erfüllt seien. Der Ausdruck „Ermächtigungsgesetz“ trifft in diesem Fall aber nicht das Richtige, denn ein Ermächtigungsgesetz würde bedeuten, daß der Reichstag der Regierung eine Maßnahme überläßt, die sonst auf gesetzlichen Wege getroffen werden müßte. Es könnte sich demnach nur um ein Einführungsgesetz handeln, in welchem der Reichstag selbst bestimmt, wann die drei Gesetzentwürfe zum Sachverständigen-Gutachten inkraft treten sollen. Ein solches besonderes Einführungsgesetz ist wahrscheinlich deshalb erforderlich, weil der Reichstag in dem Zeitpunkt, wo er die drei Gesetze einzeln annehmen könnte, noch nicht davon Kenntnis haben wird, zu welchem Zeitpunkt, je nach dem Verlauf der Dinge, diese Gesetze gemeinsam Gesetzeskraft erlangen sollen. Der weitere Verlauf der Dinge hängt eben davon ab, wie die Londoner Konferenz und die Reparationskommission endgültig entscheiden werden, ob und in welcher Form das Sachverständigen-Gutachten durchgeführt werden soll. Der Reichstag würde sich also nicht schon durch die Annahme der einzelnen Gesetze, sondern erst durch die Annahme eines solchen Einführungsgesetzes binden.

## Die Stellungnahme des Reichskanzlers Dr. Marx.

Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, nimmt Reichskanzler Dr. Marx auf Grund seiner verantwortlichen Stellung als Leiter des Reichskabinetts zu den bevorstehenden Entscheidungen eine besondere Haltung ein, die für die weiteren Schritte der Regierung von ausschlaggebender Bedeutung ist. Der Reichskanzler glaubt insbesondere auf Grund der an ihn verfallenden gerichteten Appelle von Seiten ausländischer Staatsmänner, insbesondere von Vatikan, seinen ganzen persönlichen Einsatz aufzubieten zu müssen, um ein Scheitern des Sachverständigen-Gutachtens unter allen Umständen zu verhindern. Die Zentrumspartei steht geschlossen hinter Dr. Marx, da in den Zentrumskreisen volle Uebereinstimmung darin besteht, daß eine Besserung der Lage Deutschlands nur durch ein baldiges Inkrafttreten des Gutachtens herbeigeführt werden kann. Das Nichtzustandekommen einer Einigung über das Gutachten würde für Deutschland so katastrophale Folgen haben, daß die mühselige Arbeit zur Stabilisierung der deutschen Währung und zum Wiederaufbau der Wirtschaft absolut vergebens gewesen wäre. — Die in der Presse aufgetauchte Behauptung, daß ein offener Gegensatz zwischen Reichskanzler Dr. Marx und dem Innenminister Dr. Stresemann bestehe, wird von unterrichteter Seite als außerordentlich übertrieben bezeichnet. Im Reichskabinetts befänden grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten über die Frage der Außenpolitik absolut nicht, obwohl die Auffassungen über die anzunehmende Taktik an sich geteilt sind.

## Die Oppositionsdrohungen der Sozialdemokratie.

Die Bepfechtung zwischen dem Reichsernährungsminister Graf Rönig und den Führern der Gewerkschaften über die Frage der Schutzsollte hat zu einer Verständigung nicht geführt. Vielmehr haben sich die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften entschlossen, nunmehr zahlreiche Protestkundgebungen gegen die Absichten der Reichsregierung zu veranstalten. Inzwischen haben auch die sozialdemokratischen Führer beim Reichskanzler vorgesprochen und ihn davor gewarnt, die beabsichtigte Schutzsoll-Politik zur Durchführung bringen zu wollen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion könnte sonst zu dem Entschluß gezwungen werden, möglicherweise auch gegen die Gesetze zum Sachverständigen-Gutachten zu stimmen. Die außerordentlich scharfen Druckmittel der Sozialdemokraten gegenüber der Regierung Marx-Stresemann haben in den Kreisen der Regierungsparteien einige Verunsicherung hervorgerufen. Es steht zu erwarten, daß die Einbringung des Gesetzes über die Agrarsollte infolge des Widerstandes der Sozialdemokratie sich erheblich verzögert.

## Verlängerung der Ricumberträge in der Metallindustrie.

Die von dem Smeedverband der Metallindustrie im besetzten Gebiet und für seine 18 Untergruppen in Düsseldorf mit der Ricum und der Interallierten Rheinlandkommission abgeschlossenen Ricumberträge sind seit dem 1. August um einen Monat, also bis zum 15. August, verlängert worden. Dabei wurden alle 18 Verträge darauf auf eine einheitliche Grundlage gestellt, daß die Ricumberträge von jetzt ab gleichmäßig dreieinhalb der alten Ricumberträge betragen, hiervon werden zweidrittel dem Deutschen Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben. Außerdem wurde in den Verhandlungen erreicht, daß für eine größere Anzahl von Ricumberträgen die Einfuhrsollte ermäßigt werden.

## Die Verhandlungen über die Aufhebung der Besetzung in Baden.

Die französische Besatzungsbehörde hatte seither auf badischem Gebiet die Fäden von Mannheim und Karlsruhe außer einigen kleineren Orten best, als angebliche Sanktion für die Einstellung mehrerer internationaler Schiffe seitens des deutschen Reichsernährungsministeriums. Das

Reichsernährungsministerium ist nunmehr durch Vermittlung des deutschen Botschafters in Paris mit der französischen Regierung in Verhandlungen eingetreten, um die Rückgabe dieses Gebietes an die badische Regierung zu veranlassen und hat sich seither bereit erklärt, die internationalen Schiffe, vor allem die Verbindung Paris-Bascha wieder herzustellen. Von französischer Seite ist mitgeteilt worden, daß nach Wiederherstellung dieser Verbindungen einer Durchbrechung der Besetzung nichts mehr im Wege stehen würde, und man rechnet in Regierungskreisen damit, daß die Wiedereinstellung der Schiffe bereits am 21. Juli erfolgen kann, und daß sodann die französischen Besatzungstruppen vom badischen Gebiet zurückgezogen werden.

## Politische Tagesübersicht.

Der letzte Optionstag. Am gestrigen letzten Optionstage war der Andrang der Optionsberechtigten auf dem deutschen Generalkonsulat in Antwerpen besonders stark. Um 7 Uhr waren die Optionen noch nicht beendet. Wie der Vertreter der L. U. auf Nachfrage hin erzählt, läßt sich eine genaue Berechnung derjenigen Optionen, die für Deutschland bzw. für Polen bestimmt hätten, noch nicht geben, da infolge des riesigen Andrangs die Option nicht sofort überarbeitet werden konnte. In privaten Kreisen rechnet man jedoch damit, daß sich von den Optionen etwa 70 bis 80 Prozent für Deutschland erklärt haben.

Die Wirtschaftskrise in Polnisch-Ober-Schlesien. Die seit Wochen in Antwerpen anwesende Regierungskommission hat ihre Aufstellungen zur Industrieerfassung abgeschlossen und kehrt heute nach Warschau zurück. Morgen früh soll eine gemeinsame Sitzung des Ministerrats und des Wirtschaftsrats stattfinden. Nach dem Bericht der Untersuchungskommission soll zu der obersteilischen Wirtschaftskrise Stellung genommen werden.

Toller aus München ausgewiesen. Zur Entlassung Tollers aus der Festung Mauthausen wird noch bekannt, daß Toller aus Bayern ausgewiesen und über die bayerische Grenze abgeschoben worden ist. Bekanntlich will er in Berlin seinen dauernden Aufenthalt nehmen.

Trennung im Böhmisches Block Bayerns. Nach übereinstimmenden Mitteilungen sind die Gegenstände innerhalb der Fraktion des Böhmisches Blockes in Bayern so weit gelassen, daß die Frage der Ausschließung der dem radikalen Flügel angehörenden Abgeordneten Streicher und Wiedenbacher bevorsteht. Die Trennung wird auf einer von Streicher, Wiedenbacher und Esser einberufenen öffentlichen Versammlung von dieser Seite aus vollzogen werden.

Das Volk begehrt in Braunschweig. Das am Sonntag im ganzen Kreis Braunschweig vorgenommene Volksbegehren mit dem Antrag der Auflösung des Landtages hat die genügende Anzahl Zustimmung eingebracht.

Oesterreichisch-italienisches Abkommen. Der italienische Ministerpräsident und der oesterreichische Gesandte unterzeichneten gestern im Palazzo Stagi ein Abkommen, das zahlreiche Fragen betreffs Anwendung gewisser Bestimmungen des Vertrages von St. Germain zwischen Oesterreich und Italien regelt.

Rachgesuche Unterführung der Deutschen Werke in Danzig. Im Wirtschaftsauditsch des bayerischen Landtages wurde am Mittwoch ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig angenommen, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die in Bayern liegenden Reichsbetriebe (Deutsche Werke) leistungsfähig erhalten und weitergeführt werden. In der Ausdrucksfrage wurde u. a. auch gegen die Arbeiterentlassungen im Werk München Stellung genommen. Bei der Beratung dieser Anfrage teilte die Regierung mit, daß die Hauptleitung der Deutschen Werke in Berlin den einzelnen Werken eine größere Selbstständigkeit gewährt habe.

Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Ecuador. Durch einen Kontowechsel zwischen der deutschen Gesandtschaft in Quito und der Regierung von Ecuador wurde festgestellt, daß der Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und Ecuador vom 28. März 1887 (Reichsgesetzblatt 1888 S. 136) niemals aufgehoben wurde, sondern noch heute unverändert fortbesteht. Der Vertrag enthält insbesondere die gegenseitige allgemeine Weisbegünstigung in Handels-, Gewerbe-, Schifffahrts- und Konsularsachen. Er läuft mit 12 monatiger Kündigungsfrist auf unbestimmte Zeit weiter.

## Vor einer Krise der Luxus-Industrie.

In der Industrie für Luxuswaren stehen für die nächste Zeit zahlreiche Stilllegungen von Betrieben bevor, die zu einer fast völligen Einstellung der Produktion führen werden. Die Schuld daran sieht man einerseits der ausländischen Konkurrenz, andererseits der Geldknappheit und Kreditnot bei, die es den Abnehmern nicht ermöglicht, große Aufträge bar zu bezahlen. Man wird deshalb in den nächsten Tagen beim Reichswirtschafts- und Finanzminister vorstellig werden, um eine beschleunigte Verschärfung und Ausdehnung der Einfuhrverbote für Luxuswaren zu verlangen und andererseits die Vermittlung des Reichsfinanzministeriums für die Ueberlassung größerer Kredite nachzusuchen. Von unterrichteter Seite wird dazu mitgeteilt, daß das Verlangen nach Einfuhrverboten wahrscheinlich erfüllt werden wird, daß aber größere Kredite wohl erst zur Verfügung gestellt werden können, wenn die neue Goldnotenbank errichtet und die ausländische Anleihe flüssig geworden ist.